

DRINGLICHE INTERPELLATION von Markus Bischoff (AL, Zürich), Andreas Daurü (SP, Winterthur), Beat Bloch (CSP, Zürich) und Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten)

betreffend Auffanggesellschaft Swissport

Die Corona-Pandemie hat enorme Auswirkungen auf den Flugbetrieb und die damit verbundenen Tätigkeiten auf dem Flughafen Zürich. Deswegen sind mehrere Betriebe auf dem Flughafen in ihrer Existenz bedroht. Der Bund hat bereits Mittel für den Weiterbetrieb der Swiss gesprochen. Dem Vernehmen nach ist auch die Swissport, welche für die Bodenabfertigung zuständig ist, in finanziellen Schwierigkeiten. Die Swissport beschäftigt in der Schweiz ca. 5'500 Mitarbeitende. Im Flughafen Zürich sind es rund 2'100 Mitarbeitende. Der Bund hat deshalb am 29. April 2020 den Standortkantonen mitgeteilt, sie sollen dafür besorgt sein, dass notfalls eine Auffanggesellschaft den Weiterbetrieb aufrechterhalten kann und entsprechende Auffangstrukturen vorbereiten.

Die Flughafen Zürich AG ist für die Ausarbeitung dieser Pläne zuständig. Hauptaktionär der Flughafen Zürich AG ist der Kanton Zürich. Auch die Stadt ist ein gewichtiger Einzelaktionär. Deshalb sitzt auch die Volkswirtschaftsdirektorin wie auch die Stadtpräsidentin von Zürich im VR der Flughafen Zürich AG. Die Sozialpartner und Sozialpartnerinnen sind in die Ausarbeitung dieser Pläne nicht mit einbezogen.

Eine Auffanggesellschaft kann nur mit Hilfe von Geldern der öffentlichen Hand oder von Geldern der Flughafen AG gegründet werden. Wenn der Staat Hand zum Überleben des Betriebes bietet, muss den Arbeitnehmenden auch Mitsprache und Schutz zuerkannt werden. Es wäre schwer verständlich, wenn die öffentliche Hand Geld ohne Gegenleistungen, welche dem Beschäftigten dienen, sprechen würde. Die öffentliche Hand kann deshalb Einfluss auf die Einhaltung von sozialen Standards, Beschäftigungsgaranten und Verpflichtungen zum Abschluss eines GAV nehmen.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Regierungsrat an:

1. Was hat der Regierungsrat betreffend Gründung einer Auffanggesellschaft und die Erarbeitung von Auffangstrukturen für die Swissport bis heute unternommen?
2. Trifft es zu, dass der Flughafen Zürich AG Pläne für die Gründung einer Auffanggesellschaft für die Swissport ausarbeitet oder ausgearbeitet hat? Welche Partner und Partnerinnen waren oder sind an der Ausarbeitung dieser Auffanggesellschaft beteiligt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, seinen Einfluss geltend zu machen, dass die Auffanggesellschaft mindestens verpflichtet wird, soziale Mindeststandards wie Übernahme der bisherigen Arbeitsbedingung und Beschäftigungsgarantie zu übernehmen? Wenn ja, was hat er bereits getan. Wenn nein, weshalb nicht?
4. Ist der Regierungsrat bereit, dafür zu sorgen, dass die Auffanggesellschaft nur gegründet werden kann, wenn diese verpflichtet wird, mit den Verbänden der Arbeitnehmenden ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) auszuhandeln? Wenn nein, weshalb nicht?

5. Ist der Regierungsrat willens darauf hinzuwirken, dass bereits im aktuellen Planungsstadium Sozialpartner und Sozialpartnerinnen in die Vorbereitungsphasen einbezogen werden? Wenn ja, was hat er unternommen? Wenn nein, weshalb nicht?

Markus Bischoff
Andreas Daurù
Beat Bloch
Mark Anthony Wisskirchen

P. Ackermann
M. Berner
K. Bütikofer
R. Dürr
T. Forrer
E. Guyer
F. Hoesch
R. Joss
S. L'Orange Seigo
C. Marty Fässler
G. Petri
Q. Sadriu
N. Siegrist
J. Stofer
M. Wicki

T. Agosti Monn
H. Brandenberger
L. Columberg
J. Erni
D. Galeuchet
U. Hans
T. Honegger
M. Kampus
D. Loss
E. Meier
J. Pokerschnig
M. Sahli
D. Sommer
B. Stüssi
W. Willi

I. Bartal
J. Büsser
U. Dietschi
K. Fehr Thoma
H. Göldi
E. Häusler
H. Hugentobler
A. Katumba
T. Marthaler
W. Meier
S. Rigoni
M. Schaaf
M. Späth-Walter
B. Tognella-Geertsen
N. Yuste

M. Bärtschiger
N. Bussmann Bolaños
M. Dünki-Bättig
S. Feldmann
B. Günthard Fitze
D. Heierli
L. Huonker
R. Lais
S. Marti
B. Monhart
B. Rööfli
T. Schweizer
R. Steiner
B. Walder